



Antrag

der Fraktion der CDU

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses

Der Landtag wolle beschließen:

Gemäß Artikel 15 der Landessatzung in Verbindung mit § 10 der Geschäftsordnung des schleswig-holsteinischen Landtages wird ein Untersuchungsausschuß „Pfeiffer/Spiegel“ eingesetzt.

Der Untersuchungsausschuß besteht aus 10 Mitgliedern.

Der Untersuchungsausschuß wird im öffentlichen Interesse insbesondere folgende Tatbestände aufklären:

1. Planung, Duldung und Durchführung von möglicherweise rechtswidrigen Aktionen im Landtagswahlkampf 1987, insbesondere gegen Parteien und deren Repräsentanten, durch Mitglieder oder Mitarbeiter der Landesregierung, insbesondere durch den Ministerpräsidenten Dr. Barschel und seinen Referenten Pfeiffer.
2. Möglicherweise pflichtwidrige Tätigkeiten und Unterlassungen von Mitgliedern und Mitarbeitern der Landesregierung zugunsten der Regierungspartei während des Landtagswahlkampfes 1987.
3. Umstände der Einstellung von Reiner Pfeiffer in den Landesdienst, seine Tätigkeit in bezug auf politische Parteien und deren Repräsentanten und seine Zusammenarbeit mit Dienststellen sowie die Wahrnehmung der Dienstaufsicht durch seine Vorgesetzten.
4. Maßnahmen und Unterlassungen der Landesregierung und Dienststellen im Zuständigkeitsbereich der Landesregierung zur Aufklärung der von Pfeiffer zur Beeinflussung des Landtagswahlkampfes geplanten und durchgeführten Aktionen.
5. - Mögliche Pläne, durch „Enthüllungen aus der Staatskanzlei“ den Wahlausgang der Landtagswahl in Schleswig-Holstein am 13. September 1987 zu beeinflussen.

- Kreis der Personen, die von den beabsichtigten Darstellungen Pfeiffers und deren beabsichtigten Veröffentlichungen Kenntnis erhielten.
- Zusammenhang zwischen den Darstellungen Pfeiffers und den Veröffentlichungen einerseits und Leistungen oder Versprechungen an Pfeiffer oder ihm nahestehende Personen andererseits.

Begründung:

Unmittelbar vor der schleswig-holsteinischen Landtagswahl am 13. September 1987 sind im Zusammenwirken zwischen Pfeiffer, der Referent der Presse- und Informationsstelle der Landesregierung war, und Massenmedien Vorwürfe gegen den Ministerpräsidenten Dr. Barschel erhoben worden.

Es besteht ein erhebliches öffentliches Interesse, die von Pfeiffer erhobenen Vorwürfe und ihre Hintergründe umfassend und zügig auch durch einen parlamentarischen Untersuchungsausschuß aufzuklären.

Dr. Trutz Graf Kerksenbrock
Heinrich Stock
Bertold Sprenger
Peter Jensen-Nissen
Carsten Paulsen
Rolf Rüdiger Reichardt
Gudrun Hunecke
Dr. Peter Bendixen
Thomas Lorenzen
Thorsten Geißler
Hannelore Sievers
Max Stich

Peter Aniol
Martin Schwarz
Klaus Kribben
Kurt Böge
Heinz-Wilhelm Fölster
Anke Gavert
Rainer Ute Harms
Prof. Dr. Eberhard Dall'Asta
Hans Buhmann
Rudolf Titzck
Thomas Stritzl